

treten zu lassen, die das Ideal eines jeden Menschen, der würdig seines Namens ist.

Aber ist es nicht möglich, daß es auch in der umgestalteten, freien kommunistischen Gesellschaft noch Verbrechen gibt? Physiologisch könnte der Verbrechertypus aufs neue erscheinen. Was tun wir dann? Töten wir den Verbrecher?

Gewiß nicht. Denn der, bei dem das Verbrechen der Unvernunft entflieht, er ist ein Unglücklicher. Ihn müssen wir hegen und pflegen, wie wir die Terrassen oder die anderen Kranken hegen und pflegen; wir brauchen uns nur von ihren Gewalttätigkeiten zu behüten. Was diejenigen anbetrifft, die durch ihr jähzorniges Gemüt oder ihr hitziges Blut Verbrecher wurden, so wäre es in einer sozialistischen Gemeinschaft möglich, ihnen vorzuschlagen, durch Heldenmütigkeit wieder in einen sozialen Ehrenstand zu gelangen.

Man hat es hunderte Male gesehen, wie Galeriensträflinge sich ins Wasser warfen oder ins Feuer gingen, um Unglückliche zu retten, nur um sich so in der Achtung der anderen Menschen wiedergeboren zu fühlen. Die Ruderknechte, die die Gemeinde von Karthago freigab und die Frankreich wieder zu Sklaven gemacht hat, sind erhaben gewesen in ihrem Heldenmut, während ihrer kurzen Freiheit von einigen Monaten. „Gehorcht!“ forderte die christliche Lehre; und das Volk hat sich erniedrigt und entwürdiget. „Bereichert Euch!“ sagen die Staatsbürger zu ihren Söhnen, und diese suchen sich auf alle möglichen Weisen zu bereichern, sei es mit Vergewaltigungen Schwächerer, sei es mit mehr Geschicklichkeit, dem Gesetz eine Nase zu drehen und es zu umgehen. „Werbet Menschen!“ sagen die Sozialisten, und selbst die Räuber werden sich wieder emporheben können durch ihre Heldenmütigkeit zur Ehre des gesellschaftlichen Gemeinwohles.

Sacta alea est!

Wiewohl mein fromme Mutter weint,
Da ich die Sack' hätt' gefangen an:
Gott woll' sie trösten, es muß gahn,
Und sollt' es brechen auch vorn End',
Will's Gott, so mag's mit werden g'wendt,
Darum wach' brauchen Fuß' und Händ'.
Ich hab's gewagt.
Ulrich Hutten.

Ich hab's gewagt! und meine Fehde,
Sie währe fort;
Ich hab's gewagt! so steh' ich Rede
Für Manneswort.
Und vor des Thrones Stufen,
Wenn ihr nach meinem Rechte fragt,
Will ich mit Hutten rufen:
Ich hab's gewagt!

Von gestern ist mein Brief und Siegel
Mein Pergament;
Ich weiß, daß außer meinem Spiegel
Mich niemand kennt.
Ihr laßt die Dämmerung gelten,
Bevor der helle Morgen tagt —
Wohlan — wer will mich schelten?
Ich hab's gewagt!

Sa, gibt der greise Knecht die Hölle
Dem Laster frei,
Dann sei der Jugend Blut die Hölle
Der Tyrannie.

Schaut her, die ihr am Alten
Euch Euer Leben müde tragt,
Werft Euer Haupt in Falten:
Ich hab's gewagt.

Ich sah in manch gepriesenen Tempel
Die Annatur,
Auf manch erlauchter Stirn den Stempel
Des Rains nur;
Und ich ward ungeduldig,
Das alles jagt und niemand klagt,
Ich donnerte ein: „Schuld'ig!“
Ich hab's gewagt!

Ich sah viel feige Riesen strecken
Zu Boden sich,
Manch' übermütig Zwerglein recken
Sich fürchterlich;
Ich lacht und sprach: O Zwerg,
Ob ihr auch aus dem Rote ragt,
Ihr seid darum keine Berge!
Ich hab's gewagt!

Ich sah im Hohepriesterkleide
Die Anogumnst,
Gleich Rohr zerbrochen ihre Eide
Die Henkerzunt;
Ich sah von schönen Hunden
Der Freiheit Edelwild gejagt,
Und wusch ihm still die Wunden:
Ich hab's gewagt!

Dürft' ich an einer Marmorfülle
Ein Simson stehn,
In meiner Faust Herakles' Keule
Zum Schwunge drehn,
Wenn die Paläste brechen —
O Gott, was hast du mir's versagt? —
Zu den Despoten sprechen:
Ich hab's gewagt!

Georg Herwegh.
(Gedichte eines Lebendigen.)

Willst du alleorts behagen,
So mußt du dich also betragen:
Im Frieden stets wacker dich plagen,
Im Kriege stets wacker dich schlagen,
Biel tragen und vielem entsagen,
Nichts wagen und nie was abschlagen,
Nie fragen, verlagen, noch klagen,
Beim Geldgeben niemals verzagen,
Und alle deine Wünsche vertagen:
Dann — hast du nichts weiter zu sagen.
(Ein zeitgemäßes Gedicht aus dem Jahre 1848.)

Ihr Herrn von: Zugegeben, Zwar,
Bedingungsweis, Gewissermachen!
Hier heißt es: ganz, mit Haut und Haar.
Berlegt uns nicht des Kampfes Strafen!
Entweder, oder.

Wenn man schwankt,
Kann man leicht umfallen.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der
„Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 24

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 16. Juni 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:	
Von der Reichsbühne	Seite 179
Das erste Vierteljahr der russischen Re- volution	181
Der Gegner als Lehrmeister	183
Zur Frage des Parlamentarismus	184
Eine Richtigstellung. Von J. Borchardt	184
Aus unserm politischen Tagebuch	185
Feuilleton: Schulgesehichten. Von H. Heine	186

Von der Reichsbühne.

Nun ist er wieder in die Ferien gegangen, oder besser gesagt, er ist wieder einmal verabschiedet worden — der Reichstag. In einem Punkt ist die übergroße Mehrheit der deutschen Parlamentarier geradezu unnachahmlich: Disziplin Prima. Sobald die Regierung ruft, sind sie zur Stelle, und ebenso schnell verlassen sie ihre machtlose Wirkungsstätte, ohne daß die Regierung sich veranlaßt sieht, einen energischen Wunsch zu äußern, von Befehl gar nicht zu reden. Es genügt der leiseste Wink von der höchsten Stelle und man befriedigt sich in den ruhigen Formen der Konvenienz und Höflichkeit. Sollte es aber einmal vorkommen, daß man so etwas wie einen selbständigen Willen bekundet, — nun, dann läßt man mit sich reden und bewilligt ihnen einen neuen Ausschuß oder irgend eine Kommission. Die Herren Journalisten preisen diese Neuheit, — frei nach Heinrich Schulz — als einen Schritt nach vorwärts; in Wirklichkeit ist es nur ein schwach formeller. Die Welt mit ihrem Realhunger merkt keine Besserung. Wir brauchen es den Genossen nicht im einzelnen vorzurechnen, wie bedeutungslos der deutsche Reichstag im Weltkrieg ist. Es hieße längst bekanntes wiederholen, wollten wir auf das Einseitige seiner geschäftlichen Tätigkeit verweisen, — nur zu bewilligen hat er, nichts zu fordern.

Daß diese Art der volkrechtlichen Methoden zu einer Hebung unserer ökonomisch-sozialen Verhältnisse beigetragen hat, wird wohl niemand ernstlich behaupten.

Eine geistige und praktische Unfruchtbarkeit, das war in den letzten Jahren immer das Gesamtergebnis der verschiedenen Tagungen. Und doch war nie die Zeit so tiefersinnig und problemreich wie jetzt. Gegenwärtig gibt es für das deutsche Volk nur ein wirklich positives Ziel, und das ist die Herbeiführung des Weltfriedens. Alle anderen Groß- und Kleinfragen der Sozialpolitik treten an Bedeutung hinter dieses zurück. Daß der Reichstag in dieser Beziehung kein erlösendes Wort sprach, sondern weiter in seiner unerlösenden Passivität verharrt, war

für jeden, der sich im Zeitalter der ideellen Verfahrenheit eine gewisse politische Kühle bewahrt hat, nicht schwer vorauszu sehen. Manchmal hatte es zwar den Anschein, als wollten unsere „Sozialdemokraten“ nun endlich zu entschiedener Opposition übergehen, aber nach vielen Wenn und Aber hielt man es doch für tapferer, an dem bewährten Brauch der Bethmann-Politik festzuhalten.

Wir wollen hier keinen detaillierenden Rückblick auf die einzelnen parlamentarischen Vorkommnisse geben. Die letzten drei Sitzungen zeigen so deutlich seine politische Ohnmacht, daß wir hier nur die wesentlichen Vorgänge hervorzuheben brauchen.

Das entsprechende Leitmotiv zu der am letzten Tage erfolgten Kanzlererklärung gab der stellvertretende Ministerpräsident Helfferich, der wiederum seinen Schwarm für die griechische Antike nicht unterdrücken konnte. Als ihn der Genosse Bernstein zu einer entschiedenen Betonung der Friedensbereitschaft seiner Regierung aufforderte, antwortete er mit Pathos: „Lieber wollen wir zugrunde gehen, als einen Frieden schließen, der zur Unehre Deutschlands gereicht.“ Nun ist hier nicht der Ort, um ethisch-ästhetische Betrachtungen über den Sinn der vaterländischen Ehre oder Unehre anzustellen. Wir können nur aus der geschichtlichen Erfahrung der plausiblen Tatsachen gedenken, daß das „Zugrundegehen“ in den bisherigen weltgeschichtlichen Situationen niemals alle Volksgenossen gleichmäßig betraf, sondern daß immer die sozial schwächeren der physischen Vernichtung anheimfielen. Denn letzten Endes bleibt doch immer jemand übrig, der nach dem Zugrundegehen — gemeint ist wohl das politische — noch eine Abmachung oder Unterwerfung mit dem Feinde treffen muß, und das sind dann gewöhnlich diejenigen, die am meisten mit dieser Sittlichkeit prunkten.

Aus dieser verschwommenen Äußerung Helfferichs konnte man aber mit ziemlicher Sicherheit die am andern Tage zu erwartende Erklärung des Reichskanzlers auf die konservative und sozialdemokratische Kriegs- und Friedensziel-Interpellation vorausfolgern. Und in der Tat, die Zweideutigkeit des Kanzlers wurde insofern etwas deutlicher, als dieser zu erkennen gab, daß er in Fragen der Kriegsziele nicht mit Scheidemann übereinstimme. Daß diese Sozialdemokraten keine Konsequenzen zogen, wußten wir. Auch hat es uns gar nicht verwundert, als David, der kluge Macher der Augustpolitik aber unfähige Politiker großen Stiles, unbekümmert mit der ihm eigenen Sophistik erklärte: Wer aus den „außerordentlich wertvollen Momenten“ der Reichskanzlerrede

eine Annerzionpolitik folgert, begehe eine bewußte Verdrehung. Hier ist jeder Kommentar überflüssig. Jeder aber, der noch nicht angekränktelt von der diplomatischen Auslegekunst ist, wird es ohne weiteres gemerkt haben, daß der Reichskanzler sich nicht zur annekstionslosen Friedenspolitik bekannt hat — und darauf kommt es doch an.

Der Held des Tages und in aller Menschen Mund war natürlich Philipp Scheidemann. Die Alldeutschen haben ihm auch ganz besondere Ehre erwiesen, indem sie das Wort von dem „Scheidemann-Frieden“ prägten. Mit Unrecht. Kein Wunder aber, wenn ihm der Ruhm der erreichten Popularität so zu Kopfe stieg, daß er sogar radikale Töne anschlug. Man denke nur, die Revolution hat er an die Wand gemalt. Darüber große Erregung. Er sieht sich zu einer seiner vielen Dementis veranlaßt, wird aber wieder nicht verstanden. Und so gibt er sich schließlich bis zum nächsten Dementie zufrieden.

Dies war der eine Charakterzug seiner Rede; sie klang fast wie eine Fanfare. Nun folgt das Gegenstück, die Schamade; sie kennzeichnet sich als eine Verneinung vor der Monarchie: Am widerwärtigsten von der ganzen alldeutschen Propaganda ist für mich das Hineinziehen der Person des Kaisers.

Aber es ist schon richtig, die radikale Geste der Scheidemannrede war nach Stockholm gerichtet, während der andere Teil weiter um die Regierungsgunst warb. Wenn Herr Scheidemann nicht von allen guten Geistern eines politischen und historischen Verantwortlichkeitsgefühls verlassen wäre, und wenn er nur einen Funken Gewissenhaftigkeit besäße, dann hätte er folgendes Geständnis ablegen müssen: „Nach der Tatsache eines fast dreijährigen Krieges muß ich zugeben, daß die von meiner Fraktion eingeschlagenen taktischen Wege uns nicht den Frieden näher gebracht haben, wenigstens nicht im Sinne unserer Berechnung. Auch kann ich es nicht mehr bestreiten, daß mein früherer Parteigenosse Haase, als er vor zweieinhalb Jahren dieselben ernststen Zukunftshinweise gab, recht gehabt hat. Mein ganzes Streben ist jetzt darauf gerichtet, den Friedenswillen des Proletariats und bürgerlicher Strömungen zu fördern.“ Solche Worte werden wir natürlich nie aus seinem staatsmännischen Munde zu hören bekommen.

Und wenn jetzt die Mehrheitspresse weiter eifrig die Reklametrommel für ihren Liebling rührt und der famose „Volkswacht“-Redakteur Löbe den Breslauer Arbeitern vorträgt wie ernst die Scheidemannworte von den bürgerlichen Parteien genommen wurden, im Gegensatz zu dem H. st Ledebour, der vor leeren Bänken sprach, so brauchen wir diese Bemerkung nicht ernst zu nehmen, sie glauben die Opposition durch Witzereien totzukriegen. Als wir diesen schlesischen Artikel lasen, da fiel uns unwillkürlich eine interessante parlamentarische Betrachtung des „Berliner Tageblattes“ aus dem Jahre 1912 ein. Es war wohl der bekannte Harms, der damals das vorübergehende Debüt Scheidemanns als Vizepräsident mit den Leistungen eines mittelmäßigen Schauspielers verglich, bei dem alles unpersönlich und den äußerlichen Glanz eines angelernten Formalismus und des intensivsten Spiegelstudiums verriet.

Jetzt hat sich allerdings die Meinung des „Berliner

Tageblattes“ geändert. Sein sehr ästhetisch veranlagter Chefredakteur berichtet von der eindrucksvollen Rede des „Abgeordneten“ Scheidemann. Wir aber, die wir in Parteinähe seinen Entwicklungsgang verfolgen konnten, und sahen, wie immer mehr der Streber Scheidemann den Politiker übertraf, wir können diese frühere psychologische Studie als sehr zutreffend bezeichnen, indem wir wiederholen: Allzudeutlich sahen wir sein ehrgeiziges Trachten, als Nachfolger Bebels zu gelten. Und allzudeutlich merkten wir, wie ihm zu diesem würdigen Ziel die einfachsten Vorbedingungen fehlten. Das, was Bebel zum ersten Volksführer erhob, war der Zusammenklang von Ueberzeugung und politischer Handlung. Wenn z. B. Bebel die Aeußerung gebrauchte, daß er bei einem wahren Verteidigungskrieg gegen den russischen Zarismus selbst die Flinte auf den Buckel nehmen wolle, so haben wir nach seiner charakterstarken Vergangenheit keinen Anlaß zum Zweifel.

Von Scheidemann hingegen wissen wir, daß er zwar mit schönen Worten zur Verteidigung des Vaterlandes aufforderte, aber nicht im Ernst daran denkt, selbst aktiv in die dramatische Wirklichkeit einzugreifen. Nicht viel anders steht es mit der ideellen Seite seiner Redekunst. Wo ist der selbständige Geist? Meist Variationen von fremden Gedankengängen, die dann geschickt pointiert werden. Von wissenschaftlichem Ernst nicht die Spur. Mag er sich auch noch so große Mühe geben beim Studium großer Männer und Bebelreden, es wird ihm nicht gelingen, ihr Ebenbild zu werden. Denn selbst der raffinierteste Kulissenzauber kann nicht den inneren Gehalt ersetzen, der Scheidemann fehlt.

Am letzten Sitzungstage gab es auch ein kleines Nachspiel mit dem Kriegsminister. Die Verstimmung desselben rührte wohl von der Arbeit des neugebildeten Verfassungsausschusses her, der zur Abwechslung einen Anlauf unternommen hatte, in die Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn einzugreifen. Warum sich der Herr Minister aber ereiferte, ist uns indes nicht ganz erklärlich. Es gehört doch wahrhaftig keine allzugroße Menschenkenntnis dazu, um diese Parlamentarier zu befriedigen. Bis jetzt hat doch noch keiner von ihnen einen entscheidenden Schritt zur konstitutionellen Regierungsebenbürtigkeit des Reichstages unternommen, ein schüchtern dahingehender Versuch der Arbeitsgemeinschaft kann kaum zählen. Der Vorfall ging denn auch schnell vorüber, es waren wieder Mißverständnisse, man tauschte Höflichkeiten aus, und war beruhigt.

In Summa. Der neugebildete Verfassungsausschuß mit all den verschiedenen Kommissionen hat keine Verbesserungen unserer parlamentarischen Verhältnisse gebracht. Das Gegenteil trifft zu. Durch diese Scheinreformen sind die geheimen Tagungen zahlreicher geworden, so daß die öffentliche Kontrolle auf ein Minimum beschränkt wurde. Im demokratischen — noch viel weniger sozialistischen — Interesse kann das aber schon deshalb nicht liegen, weil damit die Hauptarbeit des Parlaments hinter die Szene verlegt wurde.

Den Arbeitern aber möchten wir zurufen: Auf seine Taten kommt es an, nicht auf seine Worte, oder, wie das alte Wallensteinwort zu gebrauchen: „Auf die Fäuste muß man ihm sehen, nicht aufs Maul!“

Das erste Vierteljahr der russischen Revolution.

Drei Monate werden bald verflossen sein, seitdem der Zarismus, wie vom Sturm weggesegt, von der Weltbühne verschwunden ist. Die Revolution, die ihn wie einen aufgedunsenen hohlen Pilz zertrat, hat das erste Vierteljahr ihrer Entwicklung hinter sich. Diese kurze Zeitspanne genügt, um die Klassen, deren Kampf über die Geschichte der russischen Revolution entscheiden wird, aufmarschieren, ihre Position besetzen zu lassen. Ihr Verhalten in dem ersten Vierteljahr der Revolution erlaubt schon ihre weiteren Aussichten in Umrissen zu erkennen.

Wer besiegte den Zarismus in den denkwürdigen Märztagen? Es waren dies die Proletarier von Petrograd, die vom Hunger geplagt, von der Arbeit in den Höllen des Kriegskapitals zerrieben und gequält, auf die Straßen gingen, um gegen das Regime zu demonstrieren, das Rußland an den Rand des Verderbens gebracht hat. Sie stellten ihre Brust den Bajonetten und Kugeln entgegen, aber sie stießen nicht auf das vom Volk getrennte, entmenschte Massenheer, sondern auf das Volk in Waffen.

Wohl fielen tausende Opfer nicht nur von den Maschinengewehren der protopopowischen Polizeischergen, sondern auch von den Gewehrkalben der Soldaten dahingemäht. Aber die von jungen Bauernsöhnen zusammengelegte Soldatenmasse, in der städtische Proletarier, kleinbürgerliche Intellektuelle einen verhältnismäßig starken Prozentsatz ausmachen, vertrug diese Erschütterung nicht. Sie hatte in Erinnerung, wie sie der Zarismus schlecht bewaffnet, unter Führung untauglicher Offiziere den schrecklichen Niederlagen in Galizien entgegengeführt hat, sie litt unter vollkommener Zerrüttung des morschen Staatsmechanismus und jetzt mußte sie sie sich von den zarischen Dieben gegen das eigene Volk führen lassen. Siege über wehrlose hungrige Arbeiter sollten Niederlagen aufwiegen.

Die Petrograder Garnison kehrte ihre Gewehre gegen die, die sie auf das Feld des Bürgerkrieges führen wollten, sie machte die volksfeindlichen Offiziere zum Teil nieder. Die Mehrheit der Offiziere blieb aber passiv; ein Teil trat auf die Seite der Aufständischen. Darin äußerte sich der Zusammenbruch des Systems, das sich als Folge der Revolution 1906-1907 ausgebildet hatte, der Zusammenbruch des Gebäudes des kontrerevolutionären Rußlands. Es basierte auf dem Bündnis der bürokratisch-feudalen Schicht, der traditionellen Stütze des Zarismus, mit der kapitalistischen, die erschrocken durch die proletarische Revolution sich in die Arme des Zarismus gemorfen hat, in der Hoffnung, daß er durch die auswärtige Expansion ihr die Möglichkeit einer schnellen kapitalistischen Entwicklung sichern wird. Die Niederlagen im Kriege, wie die Unruhe, die sich der Arbeiterschaft bemächtigte, und die sich in den Demonstrationen und Streiks ausdrückte, bewies, daß die Rechnungen der Bourgeoisie falsch waren. So bemächtigte sich der Bourgeoisie eine große Erregung, die sich bei ihrem nahen Verhältnis zum Offizierkorps, die zarischen Linienoffiziere waren doch schon stark geschmolzen, durch Reserveoffiziere ersetzt und der Armee, die Organisationen der Bourgeoisie hatten einen großen Teil ihrer Versorgung in den Händen, bis tief in die Armee verpflanzten.

So zermürbte die Frontänderung der Bourgeoisie ihr Mißtrauen dem Zarismus gegenüber, die Fähigkeit des Offizierkorps, seine Pflicht als Retter des Zarismus zu erfüllen, während die Soldatenmasse in der Revolution die Hoffnung auf den Frieden aufkommen sah und ihr zjubelte. Der Sieg der Revolution war also ein Resultat des proletarischen Vorstoßes auf ein System, das innerlich vollkommen verfault, die Stütze der militärischen Gewalt, auf der es basierte, wie der Bourgeoisie, ohne deren Hilfe es nicht mehr existieren konnte, verloren hatte. Die Petrograder Arbeiter und Soldaten beherrschten Petrograd. Bald zeigte es sich, daß der Zarismus in den Augen der Bevölkerung, der führenden Schichten, der Bureaukratie, so vollkommen zusammengebrochen war, daß ihn niemand zu Hilfe eilte.

Aber das durch den Krieg desorganisierte, seiner Führer beraubte Proletariat ergriff nicht die Macht im Staate. Die in Petrograd während der Tage der Umwälzung anwesenden opportunistischen Sozialistenführer wichen, eingeständenermaßen, vor dieser Aufgabe zurück. Vor sich sahen sie das Proletariat unorganisiert, die Bourgeoisie über große Organisationen: den Städtebund, die Kriegsindustrie-Komitees verfügend, hinter sich die gährende Bauernmasse, die Armee mit ihren ungeheueren Bedürfnissen, ihre Meinung war unbekannt, werden sie sich nicht von der Generalität gegen die Revolution gebrauchen lassen? Diese Fragen bildeten den Grund, weshalb die Opportunisten (wie Tscheidze), die fraktionslosen Sozialdemokraten (wie Steklon), in diesen Tagen der Entscheidung bewußt die Macht in die Hände der Bourgeoisie spielten.

Die provisorische Regierung bestehend aus den Vertretern der kapitalistischen Bourgeoisie, Gutschkow, Konovalow, Teresozenko, der kapitalistischen Agrarier Lwow, und der bürgerlichen Intelligenz Miljukow, Schengarew, sollte auf Grund ihrer Organisation, ihrer materiellen und moralischen Machtmittel, die von rechts drohenden Gefahren abwenden, die großen Schwierigkeiten bewältigen, die das durch den Zarismus vollkommen desorganisierte Land der revolutionären Regierung bereitet.

Die Bourgeoisie übernahm die Gewalt in erster Linie, um die Revolution in ihrem Laufe aufzuhalten. Gutschkow ernannte eigemächtig einen neuen Zaren, die provisorische Regierung schloß ein Abkommen mit England über die Abtransportierung des Zaren nach London. Gleichzeitig sollte dafür gesorgt werden, daß der Krieg siegreich bis zu Ende geführt werde. „Das war das nächste Ziel unserer Teilnahme an der Regierung“, erklärte Miljukow nach seinem Rücktritt. Indem die Regierung die Lösung der wichtigsten sozialen Fragen: so der Agrarfrage, bis zur konstituierenden Versammlung, deren Einberufungszeit unbekannt war, oder sogar bis nach dem Kriege: so den Achtstundentag hinauschoß, suchte sie die Realisierung der sozialen Forderungen der Volksmassen zu verzögern. Ob es den opportunistischen Sozialdemokraten, die Bauern-Sozialisten, die Trudowiks, Sozial-Revolutionäre, gelingen wird mit einer Hand die Kelle und der anderen das Schwert zu schwingen, bleibt dahingestellt.

Aber bald zeigte sich, daß die Idee von der Bourgeoisie, die unter der Kontrolle der Vertreter der revolutionären Arbeiterklasse und des Bauertums, die Rolle

des Knechtes der Revolution spielt, einen historischen und politischen Unsinn darstellt. Das Spiel der provisorischen Regierung, die Ernennung eines neuen, die Rettung des alten Zaren, beleuchtete grell den Republikanismus der neuen Regierung. Der Aufruf an die Bauern, sie sollten doch friedlich gerechte Abkommen mit den Großgrundbesitzern erstreben, zeigten, daß die restliche Befreiung des Volkes selbst von der feudalen Ausbeutung der revolutionären Regierung wider den Strich ging. Am kräftigsten aber zeigte sich der Gegensatz der provisorischen Regierung und der Interessen der Arbeiterschaft und des Bauerntums in der Krieg- und Friedensfrage. Alle kleinbürgerlichen Parteien, die die Mehrheit im Arbeiter- und Soldatenrat besitzen, nicht weil sie größere organisierte Massen hinter sich haben, als die radikale Sozialdemokratie, die Bolschewiks, sondern weil sie die Stimmung des aufgeweckten Teiles des Bauerntums, des städtischen Kleinbürgertums und der zurückgebliebenen Arbeiterschichten ausdrücken, stehen auf dem Standpunkt, daß der jetzige Krieg auf russischer Seite nur der Verteidigung der russischen Revolution dienen soll. Da sie sich Rechnung davon geben, daß die in die Längeziehung dieses Krieges durch die imperialistischen Regierungen Frankreichs und Englands ebenso wie der Sieg Deutschlands über Rußland die Revolution bedroht, drängen sie auf die Preisgabe der imperialistischen Ziele nicht nur seitens Rußlands, sondern auch seitens der anderen Alliierten.

Die russische Regierung besteht aber aus Kapitalisten und den Ideologen des Kapitalismus. Sie konnte zwar dem Drange der Arbeiter und Bauern folgen, in einer Note, die sie für den inneren Gebrauch bestimmte, auf die imperialistischen Kriegsziele verzichten, aber sie wollte das nicht den Alliierten zumuten, weil dies eben zum Bruch mit den Bundesgenossen führen könnte. So mußte sie, Miljukow gesteht es offen in seiner Rede nach dem Rücktritt, die Volksmassen Rußlands betrügen. Als der Gegensatz zwischen den Notwendigkeiten fürs Ausland und Inland den Massen bekannt wurde, kam es zu den großen Maidemonstrationen in Petersburg, in denen ganze Fabrikdistrikte und ein paar Regimenter gegen die Regierung demonstrierten. Das führte zur Niederlegung des Amtes durch Gutschkow, zur Ausschiffung Miljukows, der den Volksmassen geopfert wurde, damit seine Politik gerettet werden kann. Aber der Riß im Vertrauen zur kapitalistischen Regierung, als der Vollstreckerin des Willens der Revolution, konnte nur verstopft werden durch den Eintritt in die Regierung der Vertreter des Arbeiter- und Delegiertenrates, der Zeretelli, Skobelew, Tschernow und Peschekowow, die zusammen mit Kerenski noch die Träger des Massenvertrauens sind. Dadurch soll der Widerspruch zwischen dem Arbeiterdelegiertenrat, der das Vertrauen der Armee und des Volkes, also die Macht besitzt und der Regierung, die keine Macht hat, aber die Verantwortung trägt, aufgehoben werden.

Aber durch diese mechanische Maßregel wurde der Gegensatz zwischen den Zielen des Großkapitals, das nach außen expansionslustig, durch tausend Bände mit dem Finanzkapital der Entente verbunden ist und nach innen auf jeden Schritt Rücksichten auf das Kapital nehmen muß, und den Zielen der Volksmassen, die den Frieden, Besserung ihrer Lage, Demokratie wollen, nicht aufgehoben.

Wenn der Arbeiter- und Soldatenrat den Klassenkampf im Reiche bis zum Frieden mildern, aufheben will, so kann das Refutat nur sein, daß seine Vertreter unter dem Drucke der revolutionären Massen desto energischer den Kampf innerhalb des Kabinetts ohne Rücksicht auf die Gefahr seines Zerfalls führen müssen, oder jedes Vertrauen bei der Arbeitermasse verlieren müssen. Von der Angst vor dem Rücktritt der bürgerlichen Vertreter aus dem Kabinett getrieben, ohne die sie sich die Ausführung der Aufgaben der Revolution nicht vorstellen können, werden die Opportunisten den Arbeitern und Kapitalisten Mäßigung predigen, sie werden gleichzeitig den Volksmassen die Notwendigkeit des Krieges und den verbündeten Regierungen die Notwendigkeit des Friedens zu beweisen suchen.

Während sie sich so ins Fangnetz der eigenen Widersprüche verwickeln, wird die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, der Dörfer mit landwirtschaftlichen Geräten und anderen industriellen Produkten immer mehr versagen, da sie nur durch rücksichtslosem Kampf gegen die Wucherer, die Banken, das kartellierte Kapital vom Flecke gebracht werden kann. Sie werden durch ihre Aufrufe zur Offensive den Rücken der imperialistischen Entente-regierungen stärken, und so den Augenblick des Friedens verzögern. Durch ihr Friedensgetöse werden sie aber gleichzeitig die Sehnsucht der Massen nach dem Frieden, eine der treibenden Kräfte der Revolution, stärken und so die Kräfte der Revolution gegen sich mobilisieren.

Schon zeigt es sich, daß der Arbeiterdelegiertenrat durch seine jetzige Politik den Einfluß auf die Massen verliert: die Vorgänge in vielen großen Fabriken, in denen die Arbeiter entgegen den Mäßigungsrufen des Delegiertenrates ihre ökonomischen Forderungen durchdrücken. Gleichzeitig sind Schritte der Bourgeoisie zu bemerken, die sich auf den Kampf gegen die Arbeiterschaft rüsten: es sei an die private Versammlung der bürgerlichen Dumaabgeordneten, die Agitation der Radikelpartei, die jetzt schon verkündet, sie wolle die Koalitionsregierung nur insofern unterstützen, in wie fern sie ihre Politik durchführt. Das Koalitionskabinett wird an diesen Widersprüchen früher oder später zu Fall kommen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat wird genötigt sein, die ganze Macht und die ganze Verantwortung zu übernehmen. Nur daß dies nach Verlust kostbarer Zeit, nach schweren Erschütterungen geschehen wird. Das einzige gute an der Sache wird sein, daß die Arbeitermassen in all diesen Kämpfen die naiven revolutionären Illusionen, den Glauben an die opportunistischen Führer, verlieren werden.

Dieser Prozeß hat schon begonnen. Das Wachsen des bolschewikischen Einflusses, die fortschreitende Organisation der Bolschewiks, das Wachsen ihrer Presse in Petrograd und der Provinz, in einer Woche sammelten die Arbeiter Petrograds zu den Druckereifond der Prawda 75 000 Rubel und neben ihr soll demnächst eine große politische Zeitung, die Swiesda erscheinen, sind in dieser Hinsicht symptomatisch.

Die Herren europäischen Opportunisten, die als das Schönste an der Revolution den Eintritt der Sozialisten in die Regierung ansehen, sollen nicht zu früh triumphieren. Die russische Revolution steht erst in den Anfängen und keine Revolution hat ihre Gegensätze und Kämpfe in den vier Wänden eines Koalitionskabinetts

erledigt. Die Revolution ist der schärfste Kampf der Klassen, ist Bürgerkrieg, und die Herren Opportunisten werden in bezug auf die von ihr angeblich verwirklichte Einheit der Bourgeoisie und Proletariat dieselben Enttäuschungen erleben, wie die Ententeregierungen, die von ihr die Stärkung des Kriegswillens in Rußland erwartet haben.

Der Gegner als Lehrmeister.

Eins hat die Sozialdemokratie nie verstanden: von ihrem Gegner zu lernen. Sie fühlte sich der bürgerlichen Welt gegenüber zu überlegen, als daß sie es mit ihrer Würde hätte vereinbaren können, geistig Tieferstehende als ihre Lehrmeister anzuerkennen. Und je höher ihr eigenes Phrasentum wurde, desto gespreizter wurde ihre dunkelhafte Ueberhebung. Man lese die Buchbesprechungen in den letzten zehn Jahrgängen der „Neuen Zeit“ nach. Die Werke bedeutender bürgerlicher Autoren wurden glatt mit der meist noch bombastig aufgedonnerten Konstatierung der Tatsache erledigt, daß sie nicht vom Standpunkt des Sozialismus geschrieben seien und daß ihre Verfasser vom historischen Materialismus keine blasse Ahnung haben.

Daß die meisten dieser Autoren eine umso bessere Ahnung vom Kapitalismus und seinen Lebensformen hatten, blieb den hochweisen Kritikern dabei ein tief verborgenes Geheimnis. Man erinnere sich ferner der sarkastischen Spötteleien eines Ledebour über die deutsche Diplomatie, hinter denen regelmäßig, versteckt und offen, die groteske Annäherung stand, daß er, Georg Ledebour, der deutschen Sozialdemokratie gewiegtester Auslandspolitiker, die diplomatischen Geschäfte jedenfalls tausendmal besser erledigen würde, wenn . . . Der Krieg brach aus. Die deutsche Diplomatie stand ihren Mann. Wer aber zitternd und zappelnd am Boden lag, das war der Erspötter Georg Ledebour, der deutschen Sozialdemokratie autoritativer Auslandspolitiker. Der Spott war ihm erstorben. Der Spötter wurde zum Gespött der Welt. Nie wurde ein Marsyas so geschunden wie er.

Und bis in die besten Werke der Besten unter den sozialdemokratischen Schriftstellern ist der Zug der Ignoranz gegenüber dem Klassengegner gedrungen. Wir wollen es für diesmal mit einem, allerdings sehr lehrreichen, Beispiel genug sein lassen. Gibt eine politische Partei, die von der Sozialdemokratie so sehr mit Verachtung bedacht worden ist, wie die nationalliberale Partei? Gibt es in einer Sprache der Welt eine Bezeichnung der Wankelmütigkeit und Inkonsequenz, des Prinzipienverrats und des politischen Unvermögens, die sie auf diese Partei nicht angewendet hätte? Und bei alledem hat diese Partei ihre hohe politische Bedeutung gehabt und hat sie noch heute. Und hat sie heute erst recht! Heute, da die stolze deutsche Sozialdemokratie in Fesseln am Boden liegt und in der Partei der Sozialpatrioten den schlimmsten Prinzipienverrat dokumentiert! Ganz sicher: die nationalliberale Partei hat ihre sehr großen Wandlungen durchgemacht. Aber sie hat nie die engste Fühlung mit den Kreislern verloren, deren Interessen sie je länger, je mehr ausschließliche vertrat. Und sie hat diese Interessen durchaus mit Geschick und Weitblick vertreten. Und sie hat, wenn in ihrem Innern sich Gegen-

sätze entwickelten, keinen Augenblick gezögert, die Spaltung vorzunehmen.

Es war billig über diese Partei zu spotten. Es war schon schwieriger, aus den Wehen und Wirren dieser Partei zu lernen. Den Pächtern der sozialistischen Weisheit hätte die eine Tatsache hinlänglich genügen müssen: daß die nationalliberale Partei die politische Vertreterin der deutschen Großindustriellen ist, um sie auf den Gedanken zu leiten, daß die Krisen dieser Partei etwas anders als Wetterfahnenpolitik waren. Das Werden und Wachsen der nationalliberalen Partei fiel zusammen mit dem Werden und Wachsen der deutschen Großindustrie, mit dem Werden und Wachsen des deutschen Imperialismus. Und je größere Stetigkeit in die industrielle Entwicklung kam, desto größer wurde auch die Stetigkeit der nationalliberalen Politik. Die Weisen des Sozialismus und des historischen Materialismus maßten das Verhalten der Partei echt doktrinär an den liberalen Prinzipien von Anno dazumal oder an irgendwelchen absoluten liberalen Ideen. Sie sahen nicht, das auch der Liberalismus, wie jede andere Ideologie, seinen Inhalt mit dem Wechsel der bestimmenden ökonomischen und sozialen Faktoren wechseln mußte. Und da der Uebergang Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat in einem unerhört rapiden Tempo vor sich ging, so war nichts selbstverständlicher, als die politischen Parteien, die die Interessen des deutschen Industrie- und Finanzkapitals vertraten, unaufhörlichen Krisen unterworfen wurden.

In diesen Krisen erblickte die Sozialdemokratie nichts als Zeichen der Schwäche und des Verfalls. In Wirklichkeit waren sie nichts, als eine fortgesetzte Anpassung an die veränderten und ständig sich verändernden ökonomischen Verhältnisse. Was jetzt sich in der Sozialdemokratie in katastrophalen Formen vollzieht, das vollzog sich in den liberalen Parteien auf dem Wege ruhiger Entwicklung. Den Vertretern des Liberalismus ist dieser Charakter der Parteikrisen jetzt, aus der historischen Distanz gesehen, auch völlig klar. Zum Jubiläum des fünfzigjährigen Bestehens der Partei gab der Historiker Erich Brandenburg eine kleine Schrift heraus, die deutlich zeigt, daß das Wesen der Krisen von den Bürgerlichen klar erkannt worden ist. Er schreibt u. a.:

Fragen wir nach den letzten Ursachen, welche diese Krisis der nationalliberalen Partei herbeigeführt haben, so werden wir sie vor allen Dingen darin erblicken müssen, daß seit dem Ende der siebziger Jahre an Stelle der rein politischen die wirtschaftlichen Fragen mehr und mehr in den Vordergrund des öffentlichen Lebens traten, und daß der deutsche Liberalismus auf diese Fragen noch in einer Weise eingestellt war, die aus der älteren Zeit herstammte, wo die theoretische Behandlung überwoog und die tatsächlichen Verhältnisse vielfach noch ganz andere waren.

Und die Entstehung der verschiedenen Wirtschaftsvereinigungen: des Bundes der Landwirte, der Wirtschaftlichen Vereinigung, des Hansabundes, führt er mit auf die „ungenügende Anpassungsfähigkeit der politischen Parteien gegenüber den neuen großen Aufgaben des wirtschaftlichen und sozialen Lebens“ zurück. Krisen politischer Parteien sind zuletzt immer der Ausdruck des Gegensatzes, der sich zwischen der überlieferten Ideologie und neuen realen Verhältnissen des gesellschaftlichen Lebens gebildet haben. Und so ist die berückichtigte Wandlungsfähigkeit des Liberalismus letzten Endes nichts

anderes als eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit an jene veränderten Verhältnisse.

In ihrer gegenwärtigen Krise ist die Sozialdemokratie, getrieben durch die wuchtigen Schläge des Weltkrieges, nun auch zu dieser Anpassung gezwungen worden. Und es liegt in ihrem Charakter als Millionenpartei des Proletariats, daß sich diese Anpassung in ungleich gewaltigeren Formen vollzieht, als bei irgend einer der liberalen Parteien und daß sie viel schwieriger zu bewerkstelligen ist. Aber auf die bürgerlichen Parteien hochmäßig herabzublicken, dazu haben die Vertreter des Sozialismus nicht die geringste Ursache. Wohl aber haben sie die Pflicht, das Werden der bürgerlichen Parteien, ihre politischen Wandlungen mit schärfster Aufmerksamkeit zu verfolgen, um aus ihnen die nötigen Lehren für die Entwicklung der eigenen Partei zu schöpfen. Und gerade die Entwicklung der liberalen Parteien, die heute in ausgeprägter Form die Vermittlung zwischen rechts und links anstreben, die, ökonomisch gesprochen, den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit bewerkstelligen wollen, da sie in diesem Ausgleich eine der bedeutendsten Stützen der imperialistischen Politik erblicken, gibt uns allen Anlaß, ihre Politik mit allem Ernst zu verfolgen. Nicht mißzuverstehen sind die Worte, die Brandenburg in seiner kleinen Schrift über den grundlegenden Gegensatz in der kapitalistischen Gesellschaft sagt:

Es kann für den modernen Staat keine stärkere Bedrohung der Grundlagen seiner Macht geben, als wenn sich unter seinen Bürgergruppen bilden, die einander weder hassen noch bekämpfen, als sie sich durch das gemeinsame Volkstum dem Auslande gegenüber verbunden fühlen. Eine solche Gefahr droht den modernen Staaten durch die industrielle Entwicklung mit ihrer Schöpfung gewaltiger Großbetriebe, ungeheurer Kapitalien auf der einen und einer nach Millionen zählenden besitzlosen Arbeiterproletariats auf der anderen Seite. Wenn der Staat danach strebt, diesen Gegensatz auszugleichen, ihn wenigstens nicht so stark werden zu lassen, daß er zu einem Vernichtungskrieg auf Tod und Leben zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, zwischen Besitzenden und nichtbesitzenden Klassen ausartet, so erfüllt er nur eine elementare Pflicht gegen sich selbst, denn seine Existenz und seine Macht stehen auf dem Spiel und damit auch die Existenz und Geltung des Volkstums, dem er dient. Wenn jene innere Kluft völlig unüberbrückbar wird, und wenn der Gegensatz dieser Schichten schließlich in offenen Kampf mit den Mitteln physischer Gewalt ausartet und das Land in den Strudel der Revolution stürzt.

Das Ziel der Nationalliberalen ist damit klar genug gezeigt. Ein anderes ist es, ob gerade sie, als die politischen Vertreter des großen Industriekapitals, berufen sind, ihm zu dienen. Dennoch zeigt sich auch in diesem Streben nach Ausgleichung der Klassengegensätze ein scharfer Blick für das, was dem Staate gerade heute für seine Existenz bitter nötig ist. Es kann kein Zweifel sein, daß die sozialistische Politik auch in diesem Punkte vom Gegner lernen muß — nämlich daß sie das entgegengesetzte Ziel zu erstreben hat. Die Wirkungen solcher Politik aber sind von dem liberalen Historiker durchaus richtig erkannt und ausgesprochen worden.

Die Linksradikalen haben alle Ursache, das politische Verhalten der „Mittelparteien“ mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Sie werden ihre Taktik den veränderten Verhältnissen anpassen müssen. Und diese veränderten Verhältnisse geboten gerade jetzt die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei mit einem eigenen Aktionsprogramm, das den Gegensatz zwischen ihnen und allen rechtsstehenden Parteien, von Hugo Haase bis Oktavio

von Jeditz in aller Kraft bloßgelegt hätte. Nur eine Partei, die diese Aufgabe erfüllt hätte, wäre die berufene Vertreterin der proletarischen Interessen gewesen. Sie auch würde ihre Gegner wie die Erfahrungen des eigenen Kampfes stets zu ihren besten Lehrmeistern zählen.

Zur Frage des Parlamentarismus.

Sozialdemokratie und Parlamentarismus.
Von Wilhelm Liebknecht.

Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht. Mit prinzipiellen Gegnern verhandeln, heißt sein Prinzip opfern. Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufhebung des Prinzips. Wer mit Feinden parlamentiert, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert.

Doch auch ganz abgesehen von dem eigentlich politischen Standpunkt hat eine Beteiligung unserer Partei an den Parlamentsdebatten nicht den mindesten praktischen Nutzen.

Ebenso praktisch würde es sein, unsere Prinzipien den Meereswogen vorzuplaudern — und nicht so lächerlich. Die Führer der bürgerlichen Parteien wissen sehr gut, was wir wollen. Ihnen gegenüber, wie überhaupt den im Reichstag fast ausschließlich vertretenen herrschenden Klassen gegenüber ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern eine Machtfrage.

Über angenommen, die Regierung mache von ihrer Macht aus Kraftgefühl oder Berechnung keinen Gebrauch, und es gelinge, wie das der Traum einiger sozialistischer Phantasiopolitiker ist, eine sozialdemokratische Majorität in den Reichstag zu wählen — was sollte die Majorität tun? Sie Rhodus hic salta. Jetzt ist der Moment, die Gesellschaft umzugestalten und den Staat. Die Majorität faßt einen weltgeschichtlichen Beschluß, die neue Zeit wird geboren — ach nein, man jagt die sozialdemokratische Majorität zum Tempel hinaus, und gibt ihr Gelegenheit, über ihr donquixotisches Treiben nachzudenken.

Nicht ein Vorteil! Und nun auf die andere Seite die Nachteile: Das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelschere herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahn verführt, der bismarcksche „Reichstag“ sei zur Lösung der sozialen Frage berufen. — Und wir sollen „aus praktischen Gründen“ parlamentieren? Nur der Verrat oder die Kurzsichtigkeit kann es uns zumuten.

Eine Richtigstellung.

Von Julian Borchardt.

In dem Artikel über die Ursachen der Teuerung in Nr. 21 der „Arbeiterpolitik“ vom 26. Mai 1917 schreibt der Verfasser Genosse Meppen, die Grundlage seiner Ausführungen bilde meine Broschüre: „Woher kommt das Geld zum Kriege?“ Was er dann aber sagt, findet in meiner Broschüre keine Grundlage. Ich lege Gewicht darauf, keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß die Sätze des Gen. Meppen über das Papiergeld nicht von mir stammen. Insbesondere meine ich den Satz, daß der Verkehr unter normalen Verhältnissen immer gerade so viel Papiergeld aufnimmt,

als Geld für die Zirkulation nötig wäre, und die hierauf folgenden Bemerkungen über die Abhängigkeit des Papiergeldwertes vom Wert der umlaufenden Warenmenge.

Wenn Gen. Meppen ferner die „Grundursache der Warenverteuerung“ in der übermäßigen Ausgabe von Papiergeld erblickt, so darf dies ebenfalls nicht so verstanden werden, als ob es aus meiner Broschüre entnommen sei. Ich habe vielmehr (in dem Kapitel „Das Geld bleibt im Lande“) darzulegen mich bemüht, daß die Teuerung auf folgende Weise zustande gekommen ist: die Offiziere und Beamten, welche damit betraut sind, die Heeresbedürfnisse zu beschaffen, können es nicht darauf ankommen lassen, daß diese fehlen. Von vornherein mußten sie also für gesteigerte und ununterbrochene Produktion sorgen. Dazu gibt es in der kapitalistischen Gesellschaft nur ein Mittel, nämlich die Bewilligung von Preisen, die hohen Profit in sich schließen. Deshalb wurden von Anfang an die hohen Preise für Kriegslieferungen bewilligt, und diese haben sich dann vermöge der Durchschnittsprofitrate auf alle übrigen Gewerbe ausgedehnt. Das ist nach meiner Ueberzeugung der tatsächliche Hergang gewesen, und deshalb mußte (wie ich auf Seite 47 sage) der Krieg zur allgemeinen Teuerung führen. Die starke Ausgabe von Papiergeld hat diese dem Krieg eigentümliche Tendenz zur Preissteigerung nur verstärkt. Außerdem aber ist das Papiergeld gewissermaßen der Mechanismus gewesen, der die Teuerung allmählich (auf dem allmählich liegt der Ton) immer weiter ausbreitet und die Kapitalansammlungen in Banken und Sparkassen veranlaßt hat, aus denen die Kriegsanleihen fließen.

Wo endlich der Genosse Meppen in meiner Broschüre die Bemerkung gefunden haben will, daß das Papiergeld in dem großen Goldschatz eine angemessene Deckung habe und deshalb vom Gesichtspunkt des Kapitalisten aus nicht ungesund sei, ist mir völlig unverständlich. Ich habe dergleichen nicht geschrieben und wäre dem Genossen Meppen dankbar, wenn er mir sagen wollte, welche Stelle so mißverständlich aufgefaßt werden kann.

Aus unserm politischen Tagebuch.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm in seiner letzten Versammlung eine Resolution an, die etwa folgenden Wortlaut hat:

„Die Arbeiterschaft und das durch sie vertretene Parteizentrum trägt durch seine sozialpolitische Propaganda, des Abrüstens und der Schiedsgerichte, durch das Anrufen der Regierungen zur Herbeiführung des Friedens, durch sein Verlangen in der Ausübung der Parlamentstribüne zur offenen Lösung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und alle seine Neuschönungen, sowie durch sein Verlangen im grundsätzlichen Kampfe gegen die Sozialpatrioten stets neue Verwirrung in die Köpfe und Reihen der oppositionellen Arbeiterschaft. Das Parteizentrum leistet dadurch den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie unbewußte Helferdienste und hemmt die Machtentfaltung der Arbeiterklasse.“

Die auf der Grundlage des Erfurter Programms in Gotha neu geschaffene Organisation unterscheidet sich im Wesen und Prinzip nicht im mindesten von der Organisation der alten Sozialdemokratie. Sie stellt nichts weiter dar als die organisatorische Stütze der Parlamentsfraktion Arbeiterschaft und die finanzielle Stütze ihrer Bureaucratie. Die Organisation Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands kommt daher nicht als Mittel im Klassenkampf des Proletariats, der sich in der Zukunft in den Formen der Massenaktionen abspielen wird, in Frage. Als Instrument dieser Gruppe Parlamentarier bildet sie ein Hemmnis in den sich schon jetzt abzeichnenden Massenkämpfen der Zukunft und läuft somit den Interessen der Arbeiterschaft gerade entgegen.

Aus diesen Gründen lehnt der Sozialdemokratische Verein Bremen jeden organisatorischen Zusammenschluß mit dem Parteizentrum ab und stellt sich vollkommen hinter die von seinen Delegierten auf der Gothaer Konferenz eingenommene Haltung. Der Sozialdemokratische Verein Bremen erklärt sich solidarisch mit den Hamburger Linksradikalen, die sich eine eigene Organisation ge-

schaffen haben, und erwartet auch von den übrigen linksradikalen Elementen Deutschlands, daß sie zunächst örtlich oder provinzial ihre Selbständigkeit proklamieren, um die linksradikale Organisation über das Reich vorzubereiten.“

Das ist das Bekenntnis zu einer Politik, wie sie den Bremer Arbeitern einfach durch ihre Erfahrungen im wirtschaftlichen und politischen Kampfe aufgezwungen wurde. Die rapide Industrialisierung Bremens, die fortschreitende Verstrickung der großen Werke und Werften stellen der Bremer Arbeiterschaft einen Gegner entgegen, dem die Forderungen der Arbeiter nur durch energischen Kampf und einschneidende Taten abgerungen werden konnte. Solchermaßen durch den Kampf um ihre Rechte geschulte Arbeiterschaft läßt sich nicht am Gängelbände irgend welcher Leute oder Organisationen führen. Es bedurfte nur eines Anlasses, um die Leute vom 4. August abzuschütteln. Die Sozialpatrioten, konsequent wie sind, setzten die Arbeiterschaft nicht mit ihrem Kießertöpfen aus ihrem Tempel. Die frische Luft führte nun endlich den fröhlichen Zentrumsleuten die Notwendigkeit der Spaltung zum Bewußtsein. Diese erst am eigenen Leibe verspürte Tat war notwendig, damit diese weitgeschauenden Haaseaten den Gegensatz zwischen der Politik des 4. August und den Arbeitern zu fühlen begannen. Die erste Sorge der „Oppositionellen“ war sofort: „Obdach“. Der Reigen begann: „Alle hierher, wer mitspielen will“. Und so bauten sie sich eine Hütte, wo „die volle Meinungsfreiheit aller Richtungen gesichert sei“. Nicht Klärung, sondern Kleistern blieb ihre Parole, unter der in Gotha die Herberge zur Heimat entstand, die alle oppositionellen Elemente aufnehmen sollte. Die Tendenz der Gothaer Tagung im voraus erkennend, gingen die Bremer Delegierten mit gebundenem Mandat nach Gotha, im Sinne einer konsequenten linksradikalen Politik zu wirken. Wenn es dort den linksradikalen Elementen nicht gelang in geschlossener Phalanx dem Parteizentrum entgegenzutreten, ihm die Larve vom Gesicht zu reißen und vor die Alternative zu stellen: organisieren oder kämpfen, so war der Bremskloß in diesem Falle die Berliner Leitung der Gruppe Internationale mit ihren taktischen Bedenken usw. —

Die Bremer Arbeiter sind mit ihrem Beschluß ihrer Ziele als Linksradikale treu geblieben und werden sie unter der Devise: Keine Kompromisse, auch aus eigener Kraft durchzusetzen wissen.

3. Juni.

In der Nr. 52 des „Kampf“ vom 1. Juni, wird aus Frankfurt a. M. berichtet, daß die Leitung der Unabhängigen Sozialistischen Partei in Frankfurt a. M. die Verbreitung des „Kampf“ in den Parteiversammlungen verbietet. Die „engeren Freunde“ der weiland Gruppe Internationale fragen bei der Gelegenheit: „Warum verweigert die Zentralleitung der Unabhängigen die Antwort auf unsere Anfrage, ob der „Kampf“ als Organ der unabhängigen Partei anerkannt wird, das auf den Boden der Partei steht?“ Und weiter fragen die „engeren Freunde“: „Wann nehmen diese Halbheiten eine Ende?“ Das ist nun in mehrfacher Hinsicht sehr amüsant. Einmal schließt sich die Gruppe Internationale den Unabhängigen an. Sie stellt es den einzelnen Mitgliedschaften aber anheim, ob sie mit den Unabhängigen gehen wollen oder nicht. Die Frankfurter Linksradikalen haben es nun, wenn wir recht unterrichtet sind, vorgezogen, selbständig zu bleiben. Schon ist der Konflikt da. Die Unabhängigen verbieten die Verbreitung des „Kampf“. Die Dutscher stehen aber unter dem Schutz des Gothaer Beschlusses. Was wird nun die Berliner Leitung der Gruppe Internationale tun, um ihren Mitgliedschaften zu ihrem Rechte zu verhelfen? Und außerdem fordern die Frankfurter Genossen mit Recht, daß endlich einmal Klarheit darüber geschaffen wird, ob der „Kampf“ Organ der Unabhängigen oder der Gruppe Internationale sein soll. Amüsant ist aber noch das Eingeständnis, daß der „Kampf“ auf dem Boden der neuen Partei steht. Also steht er nicht auf dem Boden der Leitfäden? Oder stehen die Leitfäden auch auf dem Boden der Unabhängigen? Vielleicht steht die Gruppe Internationale mit dem einen Bein auf dem Boden der Leitfäden und mit dem andern auf dem Boden der Unabhängigen? In der Tat, die Verwirrung ist bodenlos. Die Frankfurter Genossen fragen, wann diese Halbheiten ein Ende nehmen? Nun, das ist doch sehr einfach: Wenn die Gruppe Internationale sich von den geborenen Halbheitspolitikern freigemacht und eine selbständige linksradikale Partei gegründet hat. Bis dahin werden wir noch Irrungen und Wirrungen erleben, die den Sozialpatrioten die hellste Freude bereiten, der linksradikalen Bewegung aber einen Nackenschlag nach dem andern versetzen werden.

Feuilleton

Schulgeschichten.

Ein Kapitel aus Heines „Buch le Grand“.

Von der deutschen Sprache begriff ich viel mehr, und die ist doch garnicht so kinderleicht. Denn wir armen Deutschen, die wir schon mit Einquartierungen, Militärpflichten, Kopfsteuern und tausenderlei Abgaben geplagt sind, wir haben uns noch obendrein den Adelung aufgeschaukelt und quälten uns einander mit dem Akkusativ und Dativ. Viel deutsche Sprache lernte ich vom alten Rektor Schallmeier, einem braven geistlichen Herrn, der sich meiner von Kind auf annahm. Aber ich lernte auch etwas derart von dem Professor Schramm, einem Manne, der ein Buch über den ewigen Frieden geschrieben hat, und in dessen Klasse sich meine Mitbüben am meisten raufen.

Während ich in einem Zuge fortschrieb und allerlei dabei dachte, habe ich mich unversehens in die alten Schulgeschichten hineingeschwaht, und ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen zu zeigen, Madame, wie es nicht meine Schuld war, wenn ich von der Geographie so wenig lernte, daß ich mich späterhin nicht in der Welt zurechtzufinden wußte. Damals hatten namentlich die Franzosen alle Grenzen verrückt, alle Tage wurden die Länder neu illuminiert, die sonst blau gewesen, wurden jetzt plötzlich grün, manche wurden sogar blutrot, die bestimmten Lehrbuchseelen wurden so sehr vertauscht und vermischt, daß kein Teufel sie mehr erkennen konnte, die Landesprodukte änderten sich ebenfalls, Zichorien und Runkelrüben wuchsen jetzt, wo sonst nur Hasen und hinterherlaufende Landjunker zu sehen waren, auch die Charaktere der Völker änderten sich, die Deutschen wurden gelenkig, die Franzosen machten keine Komplimente mehr, die Engländer warfen das Geld nicht mehr zum Fenster hinaus, und die Venezianer waren nicht schlau genug, unter den Fürsten gab es viel Avancement, die alten Könige bekamen neue Uniformen, neue Königstümer wurden gebaden und hatten Absatz wie frische Semmeln, manche Potentaten hingegen wurden von Haus und Hof gejagt, und mußten auf andere Art ihr Brot verdienen suchen, und einige legten sich daher früh auf ein Handwerk, und machten z. B. Sigellack oder — Madame, diese Periode hat endlich ein Ende, der Atem wollte mir ausgehen — kurz und gut, in solchen Zeiten kann man es in der Geographie weit bringen.

Da hat man es doch besser in der Naturgeschichte, da können nicht so viele Veränderungen vorgehen, und da gibt es bestimmte Kupferstiche von Affen, Känguruhs, Zebras, Nashorne usw. Weil mir solche Bilder im Gedächtnis blieben, geschah es in der Folge sehr oft, daß mir manche Menschen beim ersten Anblick gleich wie alte Bekannte vorkamen.

Auch in der Mythologie ging es gut. Ich hatte meine liebe Freude an dem Göttergefindel, das so lustig nackt die Welt regierte. Ich glaube nicht, daß jemals ein Schulknabe im alten Rom die Hauptartikel seines Katechismus, z. B. die Liebchaften der Venus, besser auswendig gelernt hat, als ich. Aufrichtig gestanden, da wir doch einmal die alten Götter auswendig lernen mußten, so hätten wir sie auch behalten sollen, und wir haben vielleicht nicht viel Vorteil bei unserer neorömischen Dreigötterei, oder gar bei unserer jüdischen Eingöbentum. Vielleicht war jene Mythologie im Grunde nicht so unmoralisch, wie man sie verächren hat; es ist z. B. ein sehr anständiger Gedanke des Homer, daß er jener vielgeliebten Venus einen Gemahl zur Seite gab.

Am allerbesten aber erging es mir in der französischen Klasse des Abbe d'Auloui, eines emigrierten Franzosen, der eine Menge

Grammatiken geschrieben und eine rote Ferrorücke trug, und gar pfißig umhersprang, wenn er seine Art poetique und seine Histoire allemande vortrug. — Er war im ganzen Gymnasium der einzige, welcher deutsche Geschichte lehrte. Indessen auch das Französische hat seine Schwierigkeiten, und zur Erlernung desselben gehört viel Einquartierung, viel Getrommel, viel apprendre par coeur (auswendig lernen) und vor allem darf man keine Bete allemande sein. Da gab es manches saure Wort. Ich erinnere mich noch so gut, als wäre es erst gestern geschehen, daß ich durch la religion viel Unannehmlichkeiten erfahren. Wohl sechsmal erging an mich die Frage: „Henri, wie heißt der Glaube auf Französisch?“ Und sechsmal, und immer antwortete ich: „das heißt le credit“. Und beim siebentennmale, kirschbraun im Gesichte, rief der wütende Examinator: „Er heißt la religion“ — und es regnete Prügel und alle Kameraden lachten. Madam! seit der Zeit kann ich das Wort Religion nicht erwähnen hören, ohne daß mein Rücken blaß vor Schrecken, und meine Wangen rot vor Scham wird. Und ehrlich gestanden, le credit hat mir im Leben mehr genützt als la religion. — In diesem Augenblick fällt mir ein, daß ich dem Bösewicht in Bologna noch 5 Taler schuldig bin. — Und wahrhaftig, ich mache mich anheißig, dem Bösewicht noch 5 Taler extra schuldig zu sein, wenn ich nur das unglückliche Wort: „la religion“ in diesem Lebe nimmer mehr zu hören brauche.

Parbleu, Madame! ich habe es im Französischen weit gebracht! Ich verstehe nicht nur Patois, sondern sogar adeliges Bonnenfranzösisch. Noch unlängst, in einer noblen Gesellschaft, verstand ich sofort die Hälfte von dem Diskurs zweier deutscher Komtesen, wovon jede über vierundsechzig „Sahr“ und eben soviel Ahnen zählte. Ja, im Cafe Royal zu Berlin hörte ich einmal den Monsieur Michel Martens französisch parlieren, und verstand jedes Wort, obgleich kein Verstand darin war. Man muß den Geist der Sprache kennen, und diesen lernt man am besten durch Trommeln. Parbleu! wie viel verdanke ich nicht dem französischen Tambour, der solange bei uns im Quartier lag, und wie ein Teufel aussah, und doch von Herzen engelsgut war, und so ganz vorzüglich trommelte.

Es war eine kleine, bewegliche Figur mit einem fürchterlichen, schwarzen Schnurrbarte, worunter sich die roten Lippen trotzig hervorhäumten, während die feurigen Augen hin- und herschossen.

Ich kleiner Junge hing an ihm wie eine Klette, und half ihm seine Knöpfe spiegelblank putzen und seine Weste mit Kreide weihen, denn Monsieur le Grand wollte gern gefallen — und ich folgte ihm auch auf die Wache, nach dem Appell, nach der Parade — da war nichts als Waffenglanz und Lustigkeit — les jours de fete sont passes! Monsieur le Grand wußte nur wenig gebrochenes Deutsch, nur die Hauptsache — Brot, Kuß, Ehre — doch konnte er sich auf der Tommel sehr gut verständlich machen, z. B. wenn ich nicht wußte, was das Wort „liberte“ bedeute, so trommelte er den Marseiller Marsch — und ich verstand ihn. Wußte ich nicht die Bedeutung des Wortes „egalite“, so trommelte er den Marsch „la via, ca via, les aristocrates a la lanterne!“ — und ich verstand ihn. Wußte ich nicht, was „betise“ sei, so trommelte er den Dessauer Marsch, den wir Deutschen, wie auch Goethe berichtet, in der Champagne getrommelt — und ich verstand ihn. Er wollte mir mal das Wort: „l'Allemagne“ erklären, und er trommelte jene allzu einfache Urmelodie, die man oft an Markttagen bei tanzenden Hunden hört, nämlich Dum — dum — dum — ich ärgerte mich, aber ich verstand ihn doch.

Mit Seufzern wird keine Weltgeschichte gemacht. Es haben allemal Orkane gebräut, wenn die Lust zu schwall genorden war.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 25

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 23. Juni 1917

Einzelnummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Die Verteidigung	Seite 187
Parteispaltung und Klassenkampf	189
Parous, der Versöhner	191
Aus unserm politischen Tagebuch	192
Feuilleton:	
Edda. Eine Geschichte von Bambino	193
Zuruf. Von Hendell	194

Die Verteidigung.

In allen Reden der auf dem Boden der Landesverteidigung stehenden Parteien, von der gewichtigen Stimme des Reichskanzlers bis zu der Scheidemanns, in allen Kriegsschriften kehrt die Wendung wieder: Deutschland führt einen Verteidigungskrieg gegen eine Uebermacht von Feinden; es führt diesen Krieg um seine nationale Existenz. Wir wollen diese Frage hier nicht weiter untersuchen. Wir wollen nur den Gedankengang einer Schrift wiedergeben, die genau vor Jahresfrist erschien und den Charakter des deutschen Verteidigungskrieges so gründlich enthüllt, daß wir kaum ein Wort der Erläuterung hinzuzufügen brauchen. Der Verfasser ist eine militärische Autorität. Und er ist durch seine früheren Schriften hinlänglich als ein in die Geheimnisse der deutschen Strategie sowohl als auch der deutschen Politik Eingeweihter bekannt. Es ist der Oberstleutnant H. Frobenius, der vielgenannte Verfasser der vielgenannten Schrift: Des deutschen Reiches Schicksalsstunde, einer Schrift, von der er nachträglich selbst sagen kann, daß der Krieg ihre Prophezeiungen Wort für Wort erfüllt habe.

Jene Schrift behandelt bereits eingehend die Rolle Belgiens in einem zukünftigen Kriege und sie weist England als den Hauptfeind Deutschlands nach. Von dem Standpunkt aus, daß der bedeutsamste Gegensatz der modernen imperialistischen Epoche der deutsch-englische ist, hat Frobenius vor Jahresfrist eine andere Kriegsschrift erscheinen lassen, in der er sich mit den Kriegs- und Friedenszielen auseinandersetzt.* Die Schrift ist in diesem Augenblicke weder besonders aktuell, da der Reichskanzler in seiner letzten großen Rede es abermals ausdrücklich ablehnte, die deutschen Kriegsziele bekannt zu geben. An sich liegt darin nichts Ueberraschendes; denn das allgemeine Kriegsziel Deutschlands ist bekannt genug. Es ergibt sich aus dem deutsch-englischen Gegen-

* „Kriegsziele und Friedensziele“. Von H. Frobenius, Oberstleutnant a. D. Verlag von Karl Curtius in Berlin W., 63 Seiten Preis 1 Mark.

satz von selbst und wird von Frobenius in die klipp und klaren Worte gekleidet: Niederringung Englands. Es ist vom Standpunkt des deutschen Imperialismus ebenso selbstverständlich, wie das englische Kriegsziel: Niederringung Deutschlands, vom Standpunkt des englischen Imperialismus. Was aber die deutschen Friedensziele betrifft, so weiß jeder, daß sie in ihren allgemeinen Zügen ebenfalls nicht zu verbergen sind.

Welche Friedensziele aber im einzelnen zu erstreben sind, hängt in der Tat ganz davon ab, wie weit das Kriegsziel erreicht werden kann. Erst die durch den Krieg gegebene objektive Basis der Machtverhältnisse giebt der Diplomatie die Möglichkeit, die Friedensziele im einzelnen bekannt zu geben. Das ist eine ebenso alte wie allgemeine Weisheit und sie ist Herrn Bethmann-Hollweg ebensowenig verborgen, wie Herrn Philipp Scheidemann. Nur, daß Herr Bethmann-Hollweg offen bekennt, daß er nicht imstande ist, Unmögliches zu leisten, während Herr Philipp Scheidemann und seine ganze sozialpatriotische Sippschaft von ihm etwas verlangt, wovon die Herren ganz genau wissen, daß er ihr Verlangen nicht erfüllen kann. Von dem Reichskanzler die Bekanntgabe der Friedensziele fordern, heißt im Grunde nichts anderes, als die sofortige Beendigung des Krieges fordern. Und da jeder ernsthaftige Politiker nicht nur fordern darf, sondern für das Geforderte mit allen ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln auch kämpfen muß, so ist weder das Geschrei der Scheidemannier wie das selbe Geschrei der Unabhängigen nach Bekanntgabe der Friedensziele irgendwie ernst zu nehmen. Das weiß die Regierung auch sehr wohl, und Herr Bethmann-Hollweg kann die an ihn gestellte Forderung jedesmal mit umso schönerer Handbewegung abtun, als er der uneingeschränkten Zustimmung der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme vielleicht der Konservativen, die in ihm immer noch nicht den „starken Mann“ anerkennen können, von vornherein gewiß sein kann.

Im übrigen wissen sie alle, daß die große Politik nicht im Reichstage, sondern in anderen Kreisen gemacht wird, deren Kontrolle sich gänzlich der Öffentlichkeit entzieht. Wenn daher Sozialpatrioten und Zentrumsleute unentwegt die Bekanntgabe der Friedensziele fordern, so verbirgt sich hinter dieser Forderung letzten Endes nichts als die Drückebergerei vor dem Klassenkampf. Sie benutzen diese Forderung als Kampfform gegen die Regierung, obwohl sie wissen, daß sie nichts unternehmen werden und auch nichts unternehmen können, um die Regierung zur Bekanntgabe der Friedens-